

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreizehnpalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Srep. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanstöße 2.28 41 und 2.28 42.

Der Weg zur Überwindung der Arbeitslosigkeit.

Ergebnislosigkeit des Papen-Programms. - Forderungen der Gewerkschaften.

Der Reichswehrminister von Schleicher hat am 28. November Vertreter des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu sich gebeten. In der Besprechung, an der Theodor Leipart und Wilhelm Eggert teilnahmen, wurden die vordringlichsten wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen erörtert. Die Vertreter der Gewerkschaften haben als die wichtigste Aufgabe die Arbeitsbeschaffung im Wege öffentlicher Arbeiten bezeichnet und außerdem erneut die Aufhebung der lohnpolitischen Bestimmungen der Notverordnung vom 5. September gefordert. Sie haben sich auch für eine unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten durchgeführte Siedlung eingesetzt. Auf Wunsch des Reichswehrministers hat Johann Theodor Leipart im Namen des Bundesvorstandes am 29. November die Forderungen des ADGB, wie folgt schriftlich dargelegt und begründet:

1. Die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September 1932 ist außer Kraft zu setzen. Die in der Verordnung vom 4. September 1932 für Neueinstellungsprämien zur Verfügung gestellten 700 Millionen Reichsmark sind unverzüglich zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten zu verwenden.

Nach den Erhebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sind im ganzen Reich in 943 erfassten Betrieben, die vorher 191 669 Arbeitskräfte beschäftigt hatten, nach der Verordnung vom 5. September 42 218 Arbeitskräfte neu eingestellt worden. Diese Angaben beruhen auf der Berichterstattung von 19 Zentralverbänden. Sie sind umfassend genug, um daraus folgern zu können, daß der Anreiz der Prämien-Steuer-gutscheine keinerlei nennenswerte Wirkung gehabt hat. Von unseren übrigen 11 Verbänden konnten Neueinstellungen überhaupt nicht festgestellt werden. Der größere Teil der Neueinstellungen entfällt auf die Textilindustrie (15 169) sowie auf die Metallindustrie und den Bergbau (12 638). Daß nennenswerte Fälle von Neueinstellungen der Berichterstattung unserer Verbände entgangen sein könnten, halten wir angesichts unserer weitverbreiteten Organisation mit ihren über 13 000 Verwaltungsstellen und rund 100 000 Betriebsräten für ausgeschlossen.

Das in der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September vorgesehene Recht der Unternehmer, die Löhne für die 31. bis 40. Stunde zu kürzen, hat eine große Beunruhigung in den Betrieben und zahlreiche Streiks verursacht, obwohl ein großer Teil der Unternehmer auf die Ausnutzung dieses Rechts von vornherein verzichtet hat. In der Praxis hat sich dieser Teil der Verordnung als un durchführbar erwiesen. In 399 Betrieben mit 108 869 Beschäftigten hat die Belegschaft die Lohnkürzung abwehren können. Hierbei haben in vielen Fällen die Schlichtungsinstanzen mitgewirkt und den Arbeitern recht gegeben. Immerhin sind in 544 Betrieben mit 125 018 Beschäftigten die vorher schon wiederholt gekürzten Löhne nochmals reduziert worden.

2. Die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden muß unverzüglich als gesetzliche Maßnahme durchgeführt werden.

Die Verordnung vom 5. September sollte bei den Arbeitgebern einen Anreiz für die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden schaffen. Die Berichterstattung unserer Verbände zeigt, daß auch in dieser Hinsicht das System des Anreizes vollständig verlagert hat. In den Betrieben, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben,

blieb die Arbeitszeit unverändert	in Fällen	für Beschäftigte
wurde die Arbeitszeit verlängert	528	129 811
wurde die Arbeitszeit verkürzt	250	58 117
	165	45 959

Verlängerte Arbeitszeit und Überstunden über 40 Wochenarbeitsstunden hinaus können angesichts der Massenarbeitslosigkeit nicht länger geduldet werden.

3. Das System der Steuerquitscheine ist dahin umzugestalten, daß entsprechende Steuerquitscheine als Grundlage für die Finanzierung öffentlicher Arbeiten verwendet werden können.

Die bisherige Auswirkung des Systems der Steuerquitscheine läßt zwei Tatsachen unstrittig erkennen: Es hat sich insofern bewährt, als es bewiesen hat, daß eine öffentliche Kreditbeschaffung in gewissen Grenzen möglich und mit keiner Inflationsgefahr verbunden ist; es hat insofern verfehlt, als es eine fühlbare Erweiterung der Produktion und Verringerung der Arbeitslosigkeit nicht gezeitigt hat. Der größte Teil der jetzigen Steuerquitscheine verwandelt sich weder in Kapital noch in Kaufkraft, während ihre Verwendung zur öffentlichen Arbeitsbeschaffung im Sinne der Vor schläge des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats vom 12. März 1932 durch die Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften eine wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit voraussetzen läßt. Mit ihrer Hilfe kann auch die in letzter Zeit in den Hintergrund gedrängte Siedlungstätigkeit wieder stärker gefördert werden.

Diese von uns angeregten Maßnahmen würden etwa 1 1/2 Milliarden Mark ohne geringste Inflationsgefahr für die vom ganzen Volke erhoffte Arbeitsbeschaffung freimachen und die Wiederbeschäftigung von einer Million Arbeitsloser unverzüglich ermöglichen. Damit wäre immerhin ein sichtbarer Anfang einer ernsthaften Arbeitsbeschaffung gemacht.

4. Die durch die früheren Verordnungen herbeigeführten Verschlechterungen der Sozialleistungen müssen im Rahmen der Möglichkeit rückgängig gemacht werden;

die Versorgung der Arbeitslosen muß namentlich in dem bevorstehenden Winter ausreichend verbessert werden; jeder weitere Angriff auf die Löhne und die Rechte der Arbeiter muß unterbleiben;

die Unabdingbarkeit der Tarifverträge, die durch die Verordnung vom 5. September aufgehoben war, muß für die Zukunft unangefastet bleiben.

1932 ist der 53. Wochenbeitrag fällig.

Nach § 9 Ziffer 8 unseres Verbandsstatuts sind in jedem sechsten Jahre 53 Beiträge zu leisten. Zum letztenmal war der 53. Beitrag im Jahre 1927 zu entrichten. Da jedoch in den Zeitraum von 1927 bis 1932 zwei Schaltjahre fallen, beträgt die Zwischenpause nicht sechs, sondern nur fünf Jahre. Die Nummer unseres Verbandsorgans bezeichnet jeweils den fälligen Verbandsbeitrag. Es ist also mit der Nummer 53 dieses Jahres auch der 53. Beitrag fällig. Der Hauptvorstand.

Papens aufbauwillige Kräfte.

Das katholische Sonntagsblatt „Der gerade Weg“ veröffentlicht in Nr. 31 eine Zuschrift, die der Chefredakteur des Blattes, Dr. Fritz Gerlich, erhalten hat.

„Wir warnen Sie! Die nächsten Tage wird Ihnen Ihr schmutziges Handwerk gelegt werden. — Sie erbärmlicher Schmutzling. Seien Sie überzeugt, daß die Stunde bald schlägt, wo Deutschland von Ihnen und Ihresgleichen befreit wird. Wir werden an Ihnen und Ihrer schwarzen Sippe ein besonderes Exempel statuieren, indem wir einen Scheiterhaufen aus allen in Deutschland befindlichen Christuskreuzen nebst den darauf befindlichen Christusfiguren — jenes Christus, welcher von einer jüdischen Hure geboren wurde — errichten, worauf Sie nebst dem übrigen Pfaffengesindel, einschließlich der ganzen Marziftenbrut, geschmort werden.“

Wenn dann die Befreiungsgewerke zum Himmel steigen, hat die Geburtsstunde der neuen arischen Religion begonnen, dann wird das deutsche Volk dem einzigen auf Erden wandelnden Gott, Adolf Hitler, auf den Knien dafür danken, daß er es von der jüdisch-christlichen-marzistischen Pest befreit hat.

Heil Hitler, Blut und Tod allen Marziften und Pfaffen!“

Das ist „deutsche Art“, das sind die aufbauwilligen Kräfte, kenntlich und besonders ausgezeichnet durch die Uniform des Jahrmärkts-Äffens.

Erfolgreiche Werbearbeit.

Die Werbearbeit wird rastlos weiter betrieben. Zäh, unermüdete Arbeit zeitigt stets Erfolge. Erfolge spornen zur Nachäferung an.

Über Aufnahmen berichten folgende Zahlstellen:

Gau 1. (Oktober, November.)

Hameln	57	Neuaufnahmen.
Osterode	68	Neuaufnahmen.
Zusammen		125 Neuaufnahmen.

Gau 5. (August, Oktober.)

Braunsberg	5	Gumbinnen	15
Danzig	54	Königsberg	51
Elbing	84	Rastenburg	28
Insterburg	5	Silbit	65
Zusammen		307	

Gau 6. (August, September, Oktober.)

Breslau	130	Waldburg	134
Oppeln	76	Weißwasser	109
Ratibor	88	Zusammen 557	

Gau 7. (Oktober.)

Döbeln	21	Neuaufnahmen.
--------	----	---------------

Gau 8.

Kahlfütte	21	Neuaufnahmen.
Sonneberg (Oktober, November)	86	Neuaufnahmen.
Zusammen		107 Neuaufnahmen.

Gau 10. (Oktober.)

Allötting	30	München	85
Augsburg	4	Rosenheim	2
Bruckmühl	4	Türkheim	12
Keupfen	12	Zwiesel	110
Roosburg	4	Zusammen 263	

Gewerkschaften und Regierungskrise.

Es erfordert diesmal ziemlich viel Geduld. Nämlich, bis eine neue Regierung zustande kommt. Nicht zuletzt ist daran die grundsätzlich neue Staatsführung schuld, die mit Herrn v. Papen einzog, und die nach einigen Monaten glorreicher „Führung“ ein solch unentwirrbares Durcheinander hinterläßt, wie es keiner anderen Regierung vor dem Kabinett der Herren und Barone gelungen ist. Die Kräfteverteilung im Reichstag macht eine parlamentarische Lösung der Regierungskrise so unendlich schwierig, und auch das ist ein Verdienst des Herrn v. Papen.

Unzählige Verhandlungen zwischen Hindenburg, Papen, Schleicher, Hitler, Hugenberg, Kaas usw. haben schon stattgefunden. Alle ohne den geringsten Erfolg. Hitler will nach wie vor die Führung, die ihm die Junker nicht zugestehen wollen, trotzdem sie die Dienste der NSDAP. gegen die Arbeitererschaft ganz gern in Anspruch nehmen. Gegen eine Wiederkehr des Herrn v. Papen erheben sich so viele Stimmen in dringender Warnung, daß es dem Reichspräsidenten wahrscheinlich als zu gewagt erscheinen wird, dem Volke noch einmal einen Mann als Reichskanzler zu präsentieren, der von dem deutschen Volke mit geradezu überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde. Andererseits scheint sich der Reichspräsident nicht gern von Papen trennen zu wollen, und so schwebt jetzt die Entscheidung zwischen Herrn v. Papen und dem General v. Schleicher. Als Außenminister läuft Adolf Hitler mit, der ja noch einmal mit Schleicher verhandeln soll.

Aber wie die Entscheidung des Reichspräsidenten auch fallen möge, so viel ist sicher, daß die Arbeitererschaft jeder Regierung, die nur irgendwie nach Junkertum, Militarismus oder Faschismus riecht, mit schärfstem Mißtrauen gegenüberstehen wird. Von Klassengegnern ist nichts Gutes zu erwarten, und die neue Regierung, ganz gleich, ob man sie von Herrn v. Papen oder dem General v. Schleicher oder von dem nationalen „Sozialisten“ Adolf Hitler führen läßt, wird gegenrevolutionär sein. (Den Kampf Adolf Hitlers gegen das „System“ v. Papen, also für Parlamentarismus und Demokratie, nimmt doch wohl niemand, außer den irreführenden SA-Leuten, ernst!) Denn an den Zielen der vereinigten Reaktion aller Lager hat sich nicht das geringste geändert; sie werden auch dann die gleichen bleiben, wenn die Firmenbezeichnung wechselt. Diese Kennzeichnung genügt, um in der organisierten Arbeitererschaft Klarheit über ihre Stellung zu den politischen Ereignissen zu schaffen. Jeder Kampf gegen die

Konterrevolution wird die Stellung der Arbeiterschaft stärken; ein solcher Kampf ist aber auch immer ein Kampf um die Arbeiterorganisationen, um die Arbeiterbewegung überhaupt. Weiß man denn, welche Pläne die neuen Machthaber in bezug auf die Republik, auf die Demokratie, auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse, auf die freien Gewerkschaften, auf alle Arbeiterorganisationen haben? Je stärker, je geschlossener diese Arbeiterorganisationen aber sind, desto ausdauernder sind die Gegenwehr und die Abwehr der reaktionären Angriffe. Die Abwehrfront der Arbeiterschaft zu stärken und zu festigen, muß auch in den nächsten Monaten unsere erste, dringendste Aufgabe sein. Und in dieser Abwehrfront sind die Kerntruppe die freien Gewerkschaften! Wer für sie wirbt, wer die kommunistischen und nationalsozialistischen Spalter und Schädlinge abweist, kämpft auch gleichzeitig gegen die Reaktion aller Art, gegen Faschismus, Militarismus, Junkertum und Unternehmerwillkür!

Die neue Reichsregierung unter der Führung des Generals von Schleicher.

Der obenstehende Artikel war bereits gesagt, als die Ernennung des Reichswehrministers von Schleicher zum Reichskanzler bekannt wurde. Nach den bisher vorliegenden Meldungen wird die neue Reichsregierung sich etwa wie folgt zusammensetzen:

- Kanzler und Wehrmacht: General von Schleicher.
 - Außeres: Freiherr von Neurath.
 - Inneres: Dr. Braß.
 - Wirtschaft: Warmbold.
 - Justiz: Gürtner.
 - Ernährung: von Flemming (bisher Präsident der Pommerischen Landwirtschaftskammer).
 - Arbeit: Professor Brahn.
 - Post und Verkehr: Freiherr von Elz-Rübenach.
 - Minister ohne Geschäftsbereich: Popitz.
- Als Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung kommt Landrat a. D. Dr. Gereke in Frage.

